

# Marktwirtschaft.



Lernen von der Großen Koalition: Auch 2011 kein ausgeglichener Haushalt

Karikatur: Heiko Sakurai

## Marktwirtschaft als Sündenbock

- 01** Marktwirtschaft als Sündenbock  
Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort
- 03** Drastische Vereinfachung:  
Erbchaftsteuer integrieren
- 04** Schutz vor Staatsfonds?  
Studie des Kronberger Kreises
- 05** SWIFT-Preis für  
Wirtschaftssatire  
Preisträger ist Volker Reiche,  
Zeichner der STRIZZ-Comics
- 06** Generationenbilanz  
Update 2008  
Thema Migration
- 07** Mehr Staat oder mehr privat:  
Hilft Industriepolitik?
- 08** Zur Person

Und die Erde ist doch eine Scheibe! Und die Marktwirtschaft sowie der „Neo-Liberalismus“ sind schuld an der Vertrauenskrise! Einige haben das natürlich schon immer gewusst bzw. kommen sehen. Leider stimmen zu viele andere jetzt in den schrillen (Ab-)Gesang ein – und manche singen zur Ablenkung von eigenen Versäumnissen besonders lautstark mit. Kein Wunder also, dass es bei Umfragen so aus dem Wald herausschallt, wie man hineinruft – wer Verdrussfragen stellt, erhält Verdrussantworten. Ein wenig mehr Nachdenklichkeit wäre auf allen Seiten hilfreich. Die Ängste vieler Menschen erfordern Erklärungen, Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit – nicht Schlagworte.

Kann überhaupt etwas schuld sein, was es so gar nicht gibt? Allen Ernstes wird da am Rednerpult des Deutschen Bundestages mit fast selbstzufriedenem Unterton von der „Rückkehr des Staates“ gesprochen. In Deutschland! In unserer „ayurvedischen Wohlfühlmarktwirtschaft“ (FAZ) mit ihrer konstant hohen Staatsquote! „Chaos“ in einer Volkswirtschaft, in der seit Jahrzehnten über Deregulierung sonntagsgeredet wird, aber immer neue Bürokratie wuchert und politische Eingriffe erfolgen? „Raubtier-Kapitalismus“ – im Land des Mittelstands und der Familienunternehmen? Und „Dominanz des Neo-Liberalismus“, der, richtig verstanden, die Marktwirtschaft auch als moralische Verpflichtung zu Maß und Mäßigung begreift (siehe Seite 8)? Wäre das Land im besten Sinne neo-liberaler, hätten wir derzeit weniger Probleme – und müsste die Marktwirtschaft nicht als Sündenbock erhalten. >>

# Editorial

Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

– Fortsetzung der Titelseite



## Staats- und Marktversagen

Einige Bankakteure haben sich von falschen Anreizsystemen verführen lassen, Roulette gespielt und falsch beraten. Mancher Vorstand hat seine Verantwortung nicht richtig wahrgenommen – auf privater Seite in den Vereinigten Staaten, in Deutschland dagegen

eher bei den Landesbanken. Mit Bonifikationen, Bewertungsfragen und der Zertifizierung von Finanzprodukten, mit Aufsicht, Quartalsbilanz-Aktionismus und immer wieder mit der notwendigen Transparenz wird man sich nun intensiver beschäftigen müssen – aber bitte in der Sache und ohne pauschale Managerschelte.

Das Maß ist doch nicht nur bei einigen Wirtschaftenden verloren gegangen. Die Gier hatte auch viele ergriffen, die jetzt mit dem Finger auf andere zeigen: Sparer erwarteten für Anlagen Renditen, die nicht fundiert sein konnten. Und der Staat in Form u.a. von Landesbanken und Kommunen setzte auf fragwürdige Finanzprodukte, deren einzige „Sicherheit“ war, dass sie vorher lange Erfolg hatten. Ganz zu schweigen von den Glanzleistungen des Staates als Unternehmer oder hereinredender Anteilseigner bei KfW, IKB und zuletzt BayernLB: Steuerzahlergeld ist bislang nur dort in Milliardenhöhe unwiderruflich verloren.

Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück haben das Richtige getan: Im Moment echten Marktversagens in Form einer Misstrauenskrise, die zum Stillstand der Kapitalflüsse führte, konnte nur der Staat durch sein massives Maßnahmenpaket die Grundlage für neues Vertrauen schaffen. Effizienz und Vorgehen in dieser Ausnahmesituation sollten jedoch nicht Handlungsmaxime für den Regelfall sein. Dies umso mehr, als die jetzt gefeierten Feuerwehrleute vorher kräftig mitgezündelt hatten. Dass es zum Marktversagen und zur Vertrauenskrise kommen konnte, hat auch mit Staatsversagen zu tun: In den USA in Form übertriebener Deregulierung wie einer Art Sozialpolitik des billigen Geldes – jedem sein Eigenheim und Konsum auf Pump. In Deutschland in Form eines Staates, der sowohl Schiedsrichter wie Mitspieler sein will und am Ende auch als Kontrollinstanz und Rahmengerber nicht wirkungsvoll genug ist: So wird jetzt eine europäische Finanzaufsicht

gefordert – bislang aber konnte nicht einmal Deutschland die Finanzaufsicht, z.B. bei der Bundesbank, effektiv in eine Hand legen. Insofern brauchen wir nicht quantitativ mehr, sondern qualitativ bessere Regulierung. Und wir brauchen weiter Deregulierung und Privatisierung da, wo Bund, Länder und Kommunen selbst als Wirtschaftende auftreten – mit langfristig schlechteren Ergebnissen. Gerade jetzt ist Mut zum Markt gefragt. Markt mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen, Transparenz und fairen Start- wie gleichen Wettbewerbschancen: Zeit für Ordnungspolitik!

## Think small: Scheitern der Konsolidierung eingrenzen, Große Koalition beenden!

Das schnelle Handeln der Bundesregierung hat (noch) keinen Preis, nur ein Ausfallrisiko. Aber allein die Summe von 500 Milliarden Euro birgt die Gefahr, dass in anderen Bereichen die Relationen verloren gehen und bei der Haushaltskonsolidierung alle Dämme brechen. „Think big“ scheint en vogue, ist aber nur bei der Bildung berechtigt. Und für Konjunkturprogramme klassischer Prägung sollte schon gar kein Geld ausgegeben werden. Im Gegensatz zu Bürgschaften wäre dieses sicher verloren – und das ohne nennenswerten Effekt. Es ist schlimm genug, dass die Große Koalition die Finanzmarktkrise dazu genutzt hat, um ohne große Aufmerksamkeit mit eleganter Ausrede ihre wichtigste Zusage abzuräumen; nämlich die eines ausgeglichenen Haushalts 2011. Der jedoch wäre angesichts der ausgabewirksamen Beschlüsse und drohender Rezession ohnehin nicht mehr erreichbar gewesen. Die Chance auf schwarze Zahlen wurde im Steuerrekord- und Aufschwungjahr 2007 leichtfertig verpasst.

Damit bleibt von der Großen Koalition innenpolitisch wenig, außer der bald vielleicht auch noch abgeschwächten Rente mit 67 und einem überzeugenden Krisenmanagement in diesen Tagen. Was den einen oder anderen Leitartikler dazu bringt, dieses Bündnis zweier bzw. dreier nicht zusammenpassender Partner sogar als „Hoffnung 2009“ auszurufen, ist ein Rätsel. Etwas mehr (Reform-)Anspruch darf man schon an eine Bundesregierung haben. „Think small“ müsste jetzt angesagt sein: bei der Tendenz zu neuen Staatsaufgaben und -ausgaben wie bei der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2009.

---

## IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft  
 V.i.S.d.P.: Susanna Hübner  
 Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
 ISSN: 1612-9725

# Drastische Vereinfachung: Integration in Einkommensteuer

## Erbschaftsteuer-Befreiungs(vor)schlag der Stiftung Marktwirtschaft

Schon Anfang 2008 hat die Stiftung Marktwirtschaft Berechnungen zu ihrem Vorschlag der Integration der Erbschaft- in die Einkommensteuer präsentiert. Wir regen an, zur weitgehenden Kompensation des Auslaufens der Erbschaftsteuer den Einkommensteuerspitzensatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro um drei Prozentpunkte anzuheben.

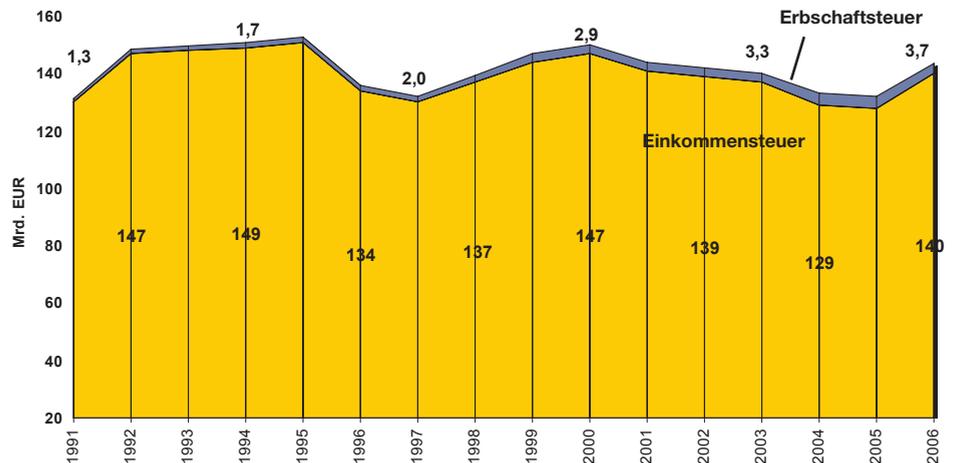
Auch wenn sich die Fraktionen der Regierungskoalitionen in der Frage der Erbschaftsteuer(reform) im Rahmen des Regierungsentwurfs verständigen, dürfte das Ergebnis bestenfalls Übergangsrecht sein: Ein politischer Kompromiss mit Mängeln und ökonomisch schwerwiegenden Folgen für eine zu große Zahl von Betroffenen – von Unternehmerfamilien bis zu Eigenheimbesitzern. Die Klageanfälligkeit ist bereits durch mehrere Gutachten aufgezeigt worden.

In der aktuellen Debatte vor der Beschlussfassung des Deutschen Bundestages erscheint uns deshalb die Integration in die Einkommensteuer als einzige schon zum 1.1.2009 umsetzbare Alternative zum Gesetzentwurf der Bundesregierung. Die gesetzestechnische Vorbereitung und legislative Umsetzung ließe sich im Rahmen der Beratungen des Jahressteuergesetzes herbeiführen.

Bleibt die Erbschaftsteuer aber, kommt die nächste Diskussion. Dafür erwies sich unsere Anregung genauso

- als durchgreifender Schritt auf dem Weg zu echter Vereinfachung unseres Steuersystems: Statt des kaum ermesslichen Verwaltungsaufwands einer neu aufgelegten Erbschaftsteuer bedarf es nur einer simplen Rechneingabe bei der Erhebung der Einkommensteuer,
- zugleich (!) als vermittelbarer, weil sozial ausgewogener Weg aus dem Dilemma, zu einer Kompensation für die Länder zu kommen, die keinesfalls im unteren und mittleren Einkommensbereich greift,
- als Gewinn an Planungssicherheit und Stetigkeit der Einnahmen auch auf Seiten des Fiskus (Länder),

Aufkommen der bisherigen Erbschaft- und Schenkungsteuer im Vergleich zur Einkommensteuer



Quellen: BT, DS 16/5706; BMF 2007

- als zentraler Beitrag zu Arbeitsplatz- und Rechtssicherheit insbesondere im Bereich des Mittelsstands/der Familienunternehmen,
- als positives Signal an Eigenheimbesitzer oder -interessenten und entsprechende Vorsorgeaktivitäten auch für die eigenen Angehörigen: 500.000 Euro regional undifferenzierter Freibetrag helfen angesichts der neuen Berechnungsgrundlage der Verkehrswerte bald weniger als 307.000 Euro Freibetrag und alten Einheitswerten.

Ein primäres Ziel der Stiftung Marktwirtschaft bleibt die Vereinfachung der Steuerstrukturen. Wegen des grundsätzlichen Bestrebens, in diesem Rahmen auch Steuerentlastungen zu erreichen, fällt der Vorschlag, die Erbschaftsteuer zu Gunsten eines Zuschlags auf den Einkommenssteuerspitzensatz entfallen zu lassen, zugegebenermaßen schwer. Ordnungspolitisch sehen wir Argumente *für* wie *gegen* die Erbschaftsteuer.

Am Ende aber zeigen die nun fast drei Jahre dauernden Diskussionen vor allem Eines: Es gibt, will man die Erbschaftsteuer erhalten, keine praktikable Lösung bei maßvollem Verwaltungsaufwand. So oder so entstehen neue Ungerechtigkeiten, Ausnahmetatbestände und schon damit Gestaltungsanreize sowie verfassungsrechtliche Fragen. Besser also ein Ende mit begrenztem Schrecken, als ein administrativ-bürokratischer und ökonomischer Schrecken ohne Ende – und mit miserablen Verhältnis von Aufwand und Ertrag.

# Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen?

## Kronberger Kreis plädiert in neuer Studie für funktionstüchtigen Wettbewerb

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Außenwirtschaftsgesetz die Regeln für ausländische Investoren zu ändern, damit von Staats wegen jederzeit die, wie es heißt, „öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ gewährleistet werden kann. Es soll der Anwendungsbereich ausgeweitet werden, in dem die Übernahme inländischer Unternehmen durch ausländische Investoren oder die mittelbare oder unmittelbare ausländische Kapitalbeteiligung an ihnen genehmigungspflichtig gemacht werden kann. Die nach bisheriger Planung am 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Kontrollmöglichkeiten richten sich in erster Linie gegen das Engagement ausländischer Staatsfonds und staatlich kontrollierter Unternehmen an Unternehmen in Deutschland. Ihnen wird von verschiedenen Seiten unterstellt, dass sie sich in deutschen und anderen europäischen Unternehmen in Schlüsselsektoren einkaufen wollen und dabei weniger das Erzielen hoher Renditen im Auge haben als politisch-strategische Einflussnahmen.

Der Grat zwischen einer gesamtwirtschaftlich und politisch begründbaren Regulierung sowie einer interessengeleiteten, volkswirtschaftlich schädlichen Intervention ist in der Praxis schmal. Die politische Ankündigung, die öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit schützen zu müssen, ist legitim, aber auch problematisch, als damit die Tür zur wirtschaftspolitischen Willkür mit einem selektiven Investitionsprotektionismus und viel Rechtsunsicherheit im Gefolge weit aufgestoßen werden könnte.

Indessen geht es vielmehr um die effiziente Nutzung des Kapitals: Worauf es bei Investitionen durch ausländische Staatsfonds und staatlich gelenkte Unternehmen aus deutscher Sicht ankommt, ist nach Meinung des Kronberger Kreises die Sicherung eines funktionstüchtigen Wettbewerbs auf den betroffenen Märkten. Je intensiver der Wettbewerb auf den Gütermärkten ist, um so mehr müssen sich die Anbieter von Waren und Dienstleistungen an den Wünschen der Nachfrager ausrichten und um so weniger können sie andere Ziele, politisch-strategische eingeschlossen, verfolgen. Das sind zunächst einmal die gleichen Anforderungen, die an heimische Unternehmen gestellt werden, wenn sie andere Unternehmen übernehmen oder sich nennenswert an diesen beteiligen.

Sofern Wettbewerb nicht herstellbar ist, wie zum Beispiel bei den eher seltenen natürlichen Monopolen in Netzindustrien, mag man an eine sektorspezifische Regulierung denken, die verhindert, dass die Verbraucher überhöhte Preise bezahlen müssen. Diese Aufgabe gehört in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur. Wo Wettbewerb herstellbar ist, wie zum Beispiel aufgrund technischer Entwicklungen gerade auch in der Telekommunikation, kann hingegen mit den Mitteln der kartellrechtlichen Missbrauchskontrolle gegen marktwidriges Verhalten vorgegangen werden.

Wettbewerb herstellbar ist, wie zum Beispiel aufgrund technischer Entwicklungen gerade auch in der Telekommunikation, kann hingegen mit den Mitteln der kartellrechtlichen Missbrauchskontrolle gegen marktwidriges Verhalten vorgegangen werden.



Johann Eekhoff



Juergen B. Donges



Wolfgang Franz



Clemens Fuest



Wernhard Möschel



Manfred J. M. Neumann



Lars P. Feld

*Prof. Dr. Lars P. Feld ist als neues Mitglied in den Kronberger Kreis aufgenommen und ersetzt Prof. Clemens Fuest.*

Der Kronberger Kreis hat ein neues Mitglied. Das sechsköpfige Gremium, das den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft stellt, hat Prof. Dr. oec. Lars P. Feld in seinen Kreis aufgenommen. Der 42-jährige Saarbrücker wurde 1999 bei Prof. Gebhard Kirchgässner mit *Summa cum laude* promoviert und hat sich drei Jahre später ebenfalls an der Universität St. Gallen habilitiert. Heute führt er den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Mit Feld ist der Kronberger Kreis nach der Berufung von Prof. Clemens Fuest als Direktor des Center for Business Taxation an die Universität Oxford Anfang Oktober wieder vollständig.

### KRONBERGER KREIS

#### Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen?

Studie, Bd. 48, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2008.

auch zum Herunterladen auf: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

# SWIFT-Preis für Wirtschaftssatire geht an Volker Reiche

Zum ersten Mal verleiht die Stiftung Marktwirtschaft den SWIFT-Preis



Zum ersten Mal hat die Stiftung Marktwirtschaft den SWIFT-Preis für Wirtschaftssatire verliehen. Volker Reiche,

Zeichner der im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung täglich erscheinenden Comic-Reihe „Strizz“, ist der Preisträger 2008. Der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Theo Siegert überreichte den mit 10.000 Euro dotierten Preis beim Jahrestreffen der Stiftung in Kronberg im Taunus.



Rafael, der kleine Nefee und Protagonist der nach seinem Onkel benannten Comic-Serie "STRIZZ" drückt sich zum wiederholten Male mit einer für ein Kind allemal beeindruckenden, ökonomisch fundierten Argumentationslinie um die Arbeit. Die Oma lässt sich jedoch von den theoretischen Höhenflügen des kleinen Neunmalklugen in der Ökonomie nicht beeindruckten.

Der erstmals verliehene Preis soll in der Tradition von Jonathan Swift, dem englisch-irischen Satiriker und Autor von „Gullivers Reisen“, kreative Federn in dem Diskurs um die auf Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung basierende marktwirtschaftliche Ordnung in Deutschland auszeichnen. Durch die Würdigung einer herausragenden Leistung des Preisträgers will die Stiftung Marktwirtschaft das Verständnis für eine auf ökonomischen Anreizen basierende Marktwirtschaft erhöhen.

Mit dem Preis sollen prägnante Arbeiten aus dem journalistischen, gegebenenfalls auch unternehmerischen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich ausgezeichnet werden, die einen originären Anstoß zur Festigung und Weiterentwicklung der freiheitlichen, auf Markt und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung leisten oder geleistet haben.



„Eine besonders kühne Entscheidung“ nannte der SWIFT-Preisträger Volker Reiche (Mitte) die Wahl, freute sich aber mit den Vorsitzenden des Kuratoriums, Prof. Nikolaus Schweickart und des Stiftungsrates, Prof. Theo Siegert, über den Preis.



Festredner des traditionellen Jahrestreffens in Kronberg war dieses Mal Dr. Bernhard Heitzer, der Präsident des Bundeskartellamtes (auf dem nebenstehenden Foto rechts außen). Er kritisierte ordnungspolitische Sündenfälle wie den Mindestlohn bei der Post AG und fand die Aufregung über ausländische Staatsfonds nicht nachvollziehbar, zumal die Schaffung eines praktikablen Prüfungsrechts ausländischer Investitionen problematisch sei. Anschließend lobte er das neue Instrument Bonusregelung, das sich zu einem wichtigen Instrument bei der Bekämpfung verbotener Absprachen zwischen Wettbewerbern über Preise, Absatzquoten und Marktaufteilungen entwickelt hat.

# Verschweigt ein ehrbarer Staat zwei Drittel der Schulden?

## Stiftung Marktwirtschaft präsentiert die aktuelle Generationenbilanz

Verhält sich der deutsche Staat verantwortungsbewusst und handelt er, wie es von einem „ehrbaren Kaufmann“ erwartet wird? Für den Teilbereich der öffentlichen Finanzen und ihrer Langfristperspektiven muss man feststellen: Nein! Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Generationenbilanz, die die Stiftung Marktwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg im Sommer präsentierte.

Aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der damit verbundenen fiskalischen Verschiebungen in den Sozialversicherungen sowie im Steuer-Transfer-System bestehen hier besondere Herausforderungen für die Politik, das langfristige Wohl der heutigen wie der zukünftigen Bürger zu sichern. Trotz einiger Verbesserungen, die zu großen Teilen der guten Konjunktur der vergangenen Jahre geschuldet sind, ist es noch ein weiter Weg, bis Deutschland als ein ehrbarer Staat bezeichnet werden kann. Denn nach wie vor weisen die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Sozialversicherungen eine Nachhaltigkeitslücke (*Summe aus explizit ausgewiesener Staatsschuld und nicht rückgedeckten Verpflichtungen des Staates, wie z.B. Beamtenpensionen*) von über 225 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf (vgl. Tabelle). Während bei der Rentenversicherung eine positive Entwicklung zu beobachten ist, nicht zuletzt aufgrund der Rente mit 67 Jahren, können die jüngsten Reformen im

Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung unter dem Aspekt einer verbesserten Nachhaltigkeit nicht überzeugen.

Besonderes Augenmerk wurde im Update 2008 der Generationenbilanz auf die Frage gelegt, ob und in welchem Umfang Zuwanderung einen positiven Beitrag zur Beseitigung der Nachhaltigkeitslücke leisten kann. Die Berechnungen von Professor Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, und seinem Team zeigen, dass Zuwanderung in der Tat ein „scharfes Schwert“ sein kann, um die finanziellen Belastungen zukünftiger Generationen zu kappen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Konzentration auf gut qualifizierte Zuwanderer und ihre möglichst schnelle Integration, insbesondere in den Arbeitsmarkt. Das gilt auch für die in Deutschland geborenen Kinder der Zuwanderer (zweite Zuwanderergeneration). Verläuft die Integration hingegen ähnlich schleppend wie in den vergangenen Jahrzehnten, droht die Nachhaltigkeitsproblematik sogar, sich zu verschärfen.

Pressestimmen  
vom 11. Juli 2008

### Frankfurter Allgemeine

„Der Staat bildet zu wenig Rücklagen für künftige Generationen“, fasst Kerstin Schwenn von der FAZ die Ergebnisse einer Studie der Stiftung Marktwirtschaft zusammen und ergänzt, dass „die angehäuften Hypothek zu Lasten nachfolgender Generationen knapp 4 Bio. Euro betrage“. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitiert weiter, „die Chance, nachhaltige Reformen zur Bewältigung der demographischen Herausforderung umzusetzen, wurde nicht genutzt.“

**DER SPIEGEL**

„Jeder vernünftige Kaufmann legt für schlechte Zeiten Geld zurück. Nur nicht der deutsche Staat“, beginnt der Artikel in Spiegel online. „Die angehäuften Hypothek zulasten nachfolgender Generationen liege bei knapp 4 Billionen Euro“, wird Prof. Raffelhüschen zitiert. „Berücksichtigt man in den Berechnungen [der Nachhaltigkeitslücke] die fiskalischen Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern, summiere sich die Lücke [...] auf insgesamt 5,2 Billionen Euro“, so der Spiegel.

### Nachhaltigkeitslücken der staatlichen Subsysteme

Nachhaltigkeitslücken der staatlichen Subsysteme	Basisjahr 2006 (in % des BIP)	Basisjahr 2005 (in % des BIP)
Gesetzliche Rentenversicherung	87,6	117,4
Gesetzliche Krankenversicherung	89,4	90,3
Soziale Pflegeversicherung	30,8	37,7
Pensionslasten	26,0	23,7
Sonstige staatl. Subsysteme	-70,7	-96,6
<b>Explizite Staatsschuld</b>	<b>62,3</b>	<b>62,1</b>
<b>Summe Nachhaltigkeitslücke</b>	<b>225,4</b>	<b>234,6</b>

Diskontfaktor = 3%, reale Wachstumsrate = 1,5%

Aufgrund eines modifizierten Berechnungsverfahrens für das Basisjahr 2006 (u.a. Berücksichtigung fiskalischer Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen) sind die Ergebnisse der Jahre 2005 und 2006 nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

# Industriepolitik – wie viel Staat braucht die Wirtschaft?

## Tagung von Stiftung Marktwirtschaft und VDMA im Deutschen Bundestag

„Industriepolitik scheint ein zeitloses Thema zu sein,“ mit dieser Einschätzung eröffnete Stiftungsvorstand Professor Michael Eilfort eine Fachtagung zur Analyse und Bewertung der deutschen und europäischen Industriepolitik. Auf dem Podium im Nordostturm des Reichstagsgebäudes vertraten Staatssekretär Jochen Homann aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der europäische Kommissionsbeamte Dr. Manfred Bergmann sowie Wissenschaftler und Manager ihre Sicht auf die Notwendigkeit gezielter Branchenförderung. Für den Kronberger Kreis fragte Professor Wernhard Möschel nach der Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in den Markt. Oft stehe dahinter der politische Anspruch, letztlich klüger als der Wettbewerb zu sein. Möschel erinnerte dazu anekdotisch an einen früheren Industriepolitiker, der fast schon in Vergessenheit geraten ist: Von Kaiser Wilhelm II ist das folgende Zitat überliefert:

*„Ich setze auf das Pferd.  
Das Automobil  
ist eine vorübergehende Erscheinung.“*

Nach Ansicht Möschels verzerrt die Mischung von Subvention und Protektion für ausgewählte Branchen den Wettbewerb, öffentliche Mittel würden verschwendet, und es träten Gefahren wie Interessenverfälschung, Mitnahmeeffekte, Innovationserlahmung und Bindung qualifizierter Arbeitskräfte in bestimmten Industrien auf. Möschel sah in der Vergangenheit kein Beispiel gelungener Industrie- und Hightech-Förderung. Mit Blick auf fehlgeleitete Investitionen wie für das Überschallflugzeug Concorde oder die späte Förderung von Großcomputern müsse vor staatlicher Industriepolitik gewarnt werden.

Bergmann von der Europäischen Kommission trat für Markteingriffe in Form detaillierter Vorschriften ein, um z.B. klimapolitische Ziele zu erreichen. Durch einen „minimalistischen Ansatz“ sei nicht gegen, sondern mit dem Markt zu handeln. Staatssekretär Homann nannte die Förderung von Schlüsseltechnologien wie Luft- und Raumfahrt oder Kommunikationstechnik die „richtige Antwort auf Herausforderungen“. Darüber hinaus müsse der Staat Forschungsinfrastruktur sowie eine gute Rah-



Staatssekretär Jochen Homann dankt den Veranstaltern, diese wichtige Fragestellung in den Mittelpunkt gerückt zu haben.

menordnung gewährleisten und sich ansonsten als neutraler „Schiedsrichter“ verhalten. Dr. Manfred Wittenstein, Wittenstein AG und VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau), sah den Staat bei einer „innovationsfreundlichen Bildungs- und Forschungspolitik“ in der Verantwortung. Fragwürdig sei es, wenn die Politik durch die Auswahl förderungswürdiger Industrien von „Bio“ und „Nano“ bis hin zu „Mikro“ und „Opto“ andere Bereiche für zweitrangig erkläre. Mit Verweis auf „Innovationsruinen“ wie die Cargolifter-Halle oder manchen Medien- und Gewerbepark plädierte Wittenstein für Skepsis gegenüber industriepolitischen Themenkatalogen, Leuchttürmen oder Leitmärkten. Statt auf Detailregeln sei auf den Markt zu setzen.

*Ein ausführlicher Tagungsbericht ist erschienen.*



Die Referenten der Tagung: Dr. Manfred Bergmann, Prof. Hariolf Grupp, Dr. Hannes Hesse, Robert Mahler, die Moderatorin Dr. Ursula Weidenfeld, Prof. Wernhard Möschel, Dr. Manfred Wittenstein und Prof. Michael Eilfort (von links).

Krisenfest

Axel Weber



Bundesbank-Präsident Axel Weber persönlich wird den beratenden Bundesbank-Sitz im Aufsichtsrat der Finanzmarktstabilisierungsanstalt übernehmen. Mit dieser Entscheidung unterstreicht das in der Krise bewährte oberste Geldmarktinstitut Deutschlands die Bedeutung der neu eingerichteten Institution ebenso wie Kompetenz und Anspruch im Bereich der Finanzaufsicht. Der 51-jährige Weber zählt zu den bedeutendsten Geldpolitikern im Rat der Europäischen Zentralbank und gilt zu Recht als besonnener Marktwirtschaftler und kompetenter Ökonom. Er hat geräuschlos effizient neben und mit Bundeskanzlerin und Finanzminister einen wichtigen Beitrag zur Beruhigung in der Finanzmarktkrise geleistet. Auf die Bundesbank kann man bauen.

Anker in  
schwerer  
See?Norbert  
Blüm

Oft hat er uns auf die Palme gebracht, z.B. mit kreativer Arbeitsmarktstatistik und ABM-Rekorden in Wahlkampfzeiten. Oder mit dem Grundgesetz nicht nur der Sozialversicherung im rheinischen Kapitalismus: „Et hätt noch immer jot jejange“. Dass die Rente immer sicher war, glaubt nach wie vor nur er selbst. Aber in stürmischer See, in der allzu viele Marktwirtschafts-Kapitäne überraschend schnell nach dem Staat rufen, scheint er den Neo-Liberalen in sich zu entdecken: „Die modischen Imitate der Neo-Liberalen trennt vom Original, dem sie den Namen geklaut haben, soviel wie den Hochstapler vom ehrlichen Kaufmann“, schreibt Blüm und zitiert Vordenker Wilhelm Röpke.

Zeitlos  
neo-liberal

Wilhelm Röpke



Dem Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft zufolge macht „die Marktwirtschaft nur einen engen Bezirk des gesellschaftlichen Lebens aus, der von einem weiteren umrahmt und gehalten wird.“ Marktwirtschaft ist danach auch ein sittliches Konzept – und echter Neo-Liberalismus alles andere als die viel- und falschzitierte „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“:

*„Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit; Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“*

(Auszug aus „Jenseits von Angebot und Nachfrage“, erschienen 1958).

Gar nicht  
lustig!

Peter Sodann



Brechts Kinderhymne als Lied der Deutschen? Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik ähnlich unterdrückt wie in der DDR? Führende „Bankster“ einfach ´mal verhaften? Mehr Heiterkeit ins Bundespräsidentenamts? Der von Marcel Reich-Ranicki spektakulär beschriebene Effekt großer Teile des (Unterhaltungs-)Fernsehens scheint auf manchen Fernsehakteur selbst am meisten abzufärben. Wenn es eines Beweises für Flachheit schlechthin bedurft hätte, lieferte ihn Tatort-Kommissar Ehrlicher: Darsteller Peter Sodann mimt im wahren Leben einen Laien-Staats-Schauspieler, macht auf *Dieter Bohlen der Politik* und aus der Wahl des Bundespräsidenten eine Comedy-Show. Da kann man dem Linken nur eben Bert Brecht mit auf den Weg geben: „Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge große Schatten“.